

Förderung von Demokratie und demokratischer Zivilgesellschaft

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sind die Grundlage unseres politischen Handels. Wir bekennen uns zu diesen Säulen der Menschenwürde und des demokratischen und sozialen Rechtstaatsstaats und werden sie gegen Menschen- und Demokratiefeinde und Willkürherrschaft verteidigen.

Die Meinungsfreiheit ist ein unverzichtbares Fundament unserer Demokratie – auch und gerade in Rheinland-Pfalz. Doch zunehmend gerät sie unter Druck – durch staatliche Regulierungen, gesellschaftliche Ächtung und die Angst vor beruflichen oder sozialen Sanktionen. Wir lehnen staatliche Eingriffe ab, die unter dem Vorwand der Desinformationsbekämpfung die freie Meinungsäußerung einschränken. Statt Repression und Selbstzensur wollen wir die Stärkung der demokratischen Streitkultur. So, wie wir Brandmauern und Diskussionsverbote ablehnen, stellen wir uns gegen alle Versuche, Rechtsextremismus und Menschenhass zur Normalität zu machen. Hass, Verleumdung und üble Nachrede bekämpfen wir im Internet wie in der analogen Welt.

Asylpolitik

Das Grundrecht auf Asyl für verfolgte Menschen ist eine wichtige Errungenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. Für dieses Grundrecht steht das BSW ein. Doch wir sehen auch: Die Vermischung des Asylrechts mit unkontrollierter Massenzuwanderung hat in den letzten zehn Jahren zur Überforderung vieler Kommunen geführt – auch in Rheinland-Pfalz. Die wachsende Unzufriedenheit und Unsicherheit vieler Bürger ist ein ernstzunehmendes Signal. Unser Ziel ist eine menschliche Asylpolitik, die klare Regeln setzt: Die Hilfe für Verfolgte ist und bleibt unantastbar. Aber für eine ungeregelte Einwanderung dürfen keine Anreize gesetzt werden. Asylverfahren sollen an den EU-Außengrenzen oder in sicheren Drittstaaten durchgeführt werden – nicht erst in deutschen Großstädten. Zu einer gerechten Migrationspolitik gehört auch, dass keine Migrantengruppe bevorzugt wird, wie es bei den Geflüchteten aus der Ukraine der Fall ist.

Wir fordern die schnellere Abschiebung von Menschen ohne Bleiberecht – insbesondere von Straftätern und solchen, die das Asylrecht missbrauchen. Wer dauerhaft nicht bleiben darf, muss das Land verlassen. Wer nach Deutschland – und damit auch nach Rheinland-Pfalz – einwandern möchte, muss die deutsche Sprache lernen, arbeiten wollen und dürfen und muss sich an unsere Gesetze halten. Um Integration zu ermöglichen, braucht es frühzeitige Sprachförderung. Ehrenamtliche Sprachkurse wollen wir ausbauen und gezielt unterstützen – insbesondere im ländlichen Raum, wo Integrationsangebote bislang oft schwer erreichbar sind.

Bei vergleichbarer Qualifikation sollen ausländische Berufsabschlüsse schneller anerkannt werden. Wer arbeiten kann, soll das auch tun – schon während des Asylverfahrens. So entlasten wir die Sozialsysteme und fördern Integration. Integration kann nur gelingen, wenn die Zahl der Zugewanderten unsere Gesellschaft nicht überfordert. Eine Migrationspolitik, die für Ordnung sorgt und Integration ermöglicht, ist kein Widerspruch – sie ist die Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Unterstützung der Kommunen im Bereich der Integration

Ein modernes Migrationskonzept muss gerecht und human sein. Integration gelingt nur, wenn Aufnahme und Unterstützung leistbar und geordnet erfolgen und von beiderseitiger Verantwortung geprägt sind. Rheinland-Pfalz steht wie ganz Deutschland vor der Aufgabe, Migration so zu gestalten,

dass sie Chancen eröffnet, ohne die sozialen und strukturellen Systeme zu überlasten. Dabei muss klar unterschieden werden zwischen Migration in den Arbeitsmarkt, die unsere Wirtschaft stärkt, und Migration in das Sozialsystem, die begrenzt und gesteuert werden muss. Humanität und Ordnung sind keine Gegensätze – sie bedingen einander. Nur wenn Zuwanderung nachvollziehbar und gerecht gesteuert wird, bleibt sie gesellschaftlich akzeptiert. Wie viele Asylsuchende auf die einzelnen Bundesländer bzw. Kommunen und Erstaufnahmeeinrichtungen verteilt werden, bestimmt der Königsteiner Schlüssel. Insbesondere Kommunen beklagen jedoch, dass die Kriterien des Königsteiner Schlüssels kaum die soziale Realität vor Ort widerspiegeln. Um Behörden, Bildungseinrichtungen oder den lokalen Wohnungsmarkt zu entlasten, sahen sich bereits in der Vergangenheit einige Kommunen in Rheinland-Pfalz veranlasst, zeitlich begrenzte Aufnahme-Stopps zu verhängen. Dies kann jedoch nur die Ultima Ratio sein. Deshalb müssen die realen Bedingungen vor Ort bei der Verteilung von Asylsuchenden wesentlich besser erfasst und in einen reformierten Kriterienkatalog aufgenommen werden, der die Grundlage des Verteilverfahrens bilden soll. Für Kommunen mit verfestigten Strukturproblemen und dauerhaft prekärer Haushaltsslage muss ein verminderter Verteilungsschlüssel angewandt werden. Mit Herkunftsändern wie Irak, Afghanistan oder Katar sind verbindliche Rückführungsabkommen zu treffen, die konsequent umgesetzt werden müssen.

Effiziente Behörden sind die Grundlage jeder erfolgreichen Integrationspolitik. Überlastete Ämter, lange Wartezeiten und unklare Zuständigkeiten schwächen nicht nur das Vertrauen der Bevölkerung, sondern auch die Integrationschancen der Zugewanderten. Digitalisierung, Personalaufbau und klare Verfahren sind zentrale Bausteine für eine funktionierende Verwaltung. Ausländerbehörden, Jobcenter, Sozialämter und BAMF-Landesstellen müssen strukturell miteinander verzahnt werden und eine koordinierte Zusammenarbeit pflegen. Doppelstrukturen sollten vermieden werden, dies spart Zeit, Geld und Ressourcen. Wir wollen ein digitales Landesportal für Aufenthalt, Asyl und Arbeitsgenehmigungen, das Verfahren bündelt und beschleunigt. Insbesondere Kommunen benötigen mehr Fachpersonal, damit verbindliche Bearbeitungsfristen eingehalten und Verfahren insgesamt planbarer und für alle Beteiligten transparenter werden.

2

Integration beginnt bei Vorliegen eines Bleiberechts nicht nach Monaten, sondern vom ersten Tag an. Wer in Rheinland-Pfalz dauerhaft Aufenthalt nimmt, soll schnell die Sprache lernen, Arbeit finden und Teil der Gesellschaft werden können. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel. Die Leitlinie einer gelingenden Integration muss lauten: Arbeit vor Sozialleistung. Wo noch nicht geschehen, müssen entsprechende Gesetzesänderungen vorgenommen werden. Dazu gehören gezielte Kontrollen und eine enge Zusammenarbeit zwischen Jobcentern, Familienkassen und Ausländerbehörden, um Mehrfachleistungen zu verhindern. Sprachkurse und ein Kindergartenjahr für die Kinder der Zugewanderten müssen verpflichtend angeboten und wahrgenommen werden. Dafür müssen von staatlicher Seite alle notwendigen Ressourcen und Strukturen zur Verfügung gestellt und nachhaltig werden.

Dies alles muss von Bund und Land im Sinne des Konnexitätsprinzips auskömmlich finanziert werden und darf keinesfalls von den Kommunen allein finanziert werden müssen.

Antirassismus und Antidiskriminierung

Das BSW stellt sich rassistischen, rechtsextremistischen, menschen- und demokratiefeindlichen Kräften in unserer Gesellschaft entschieden entgegen. Klar ist für uns auch, dass wir weder auf Landes- noch auf kommunaler Ebene parlamentarisch oder außerparlamentarisch Koalitionen oder irgend eine Zusammenarbeit mit der AfD vereinbaren werden.

Rechtsextremistische Gewalttaten gegen Ausländer haben in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen, genauso wie der Anteil von Ausländern bei Gewaltdelikten unvermindert hoch ist. Entscheidende Gründe sind die allgemeine Verharmlosung des Rechtsextremismus einerseits und Denk- und Sprechverbote andererseits. Es ist nun höchste Zeit, dass der gesellschaftliche Mainstream, allen

voran die Medien, die Realitäten der Migration erkennt, akzeptiert und Lösungen sucht, statt aus politischem Kalkül zu schweigen oder zu versuchen, Probleme unter den Teppich zu kehren. Einen großen Anteil an der Ausbreitung von Hass und Hetze haben die sogenannten sozialen Medien. Deshalb müssen soziale Medien viel strenger als bisher beobachtet und reglementiert werden. Dafür können alle staatlichen Ebenen etwas tun, auch die Landespolitik steht in der Pflicht. Der soziale Frieden und die gesellschaftliche Stabilität dürfen nicht weiter gefährdet werden. Die zunehmende Verrohung der Gesellschaft kann durch Prävention und Restriktion gestoppt werden, beide Handlungsoptionen müssen ausgeschöpft werden. Wir müssen psychologische Hilfsangebote in Schulen, Kitas, Vereinen und anderen Orten des gesellschaftlichen Lebens deutlich ausbauen und neue Anlaufstellen mit niedrigschwelligem Hilfsangeboten fördern und finanzieren. Eine Stärkung von Sport- und Kulturvereinen als Orte sozialer Begegnung und Integration hilft, um die Flucht in Parallelgesellschaften zu bremsen. Wenn die verschiedenen Bevölkerungsgruppen sich besser kennenlernen und miteinander kommunizieren, wird dies fast automatisch dazu führen, dass Gewaltbereitschaft sinkt und Gewalttaten abnehmen. Und: Wir brauchen ein Vielfaches an geschultem Fachpersonal für die Bewältigung von Traumafolgen, wesentlich mehr Therapieplätze und – wenn es anders nicht funktioniert – auch eine Aufstockung der Kapazitäten im psychiatrischen Maßregelvollzug.

Politische Beteiligung

Rheinland-Pfalz verzeichnet wie ganz Deutschland einen tiefgreifenden Vertrauensverlust in Politik und Institutionen. Viele Bürger haben das Gefühl, dass sie nicht gehört werden, keinen Einfluss auf politische Entscheidungen haben. Sie erleben einen Staat, der zwar immer stärker in ihr Leben eingreift, dabei aber seine Kernaufgaben vernachlässigt. Das BSW tritt an, um diesen Trend umzukehren. Unser politisches Leitbild ist ein souveräner und handlungsfähiger Staat, der den Menschen dient – nicht umgekehrt. Dies bedeutet: Sicherheit gewährleisten, Recht durchsetzen, Wohlstand sichern und gesellschaftlichen Frieden ermöglichen. Wir bekennen uns zu einer starken Demokratie, in der politische Entscheidungen auf Vernunft, sozialer Verantwortung und Respekt vor der Lebensleistung der Bürgerinnen und Bürger beruhen. Wir lehnen ideologische Polarisierung, gesellschaftliche Spaltung und eine Politik der Bevormundung ab. Stattdessen wollen wir Zusammenhalt stiften, Leistung belohnen, Schwache schützen und die kulturelle Identität unseres Landes bewahren.

3

Die rheinland-pfälzische Landesverfassung räumt der direkten demokratischen Beteiligung der Bevölkerung einen hohen Stellenwert ein. Tatsächlich gibt es in Rheinland-Pfalz aber sehr hohe gesetzliche Hürden für Bürgerbeteiligung, viel höher als in anderen Bundesländern. Dadurch wird praktisch Bürgerbeteiligung verhindert, abgesehen von der Abgabe der Stimme auf dem Wahlzettel zur Landtagswahl. Wir wollen das ändern. Wir wollen, dass unsere Bürger stärker in demokratische Prozesse eingebunden werden. Wir möchten deshalb die Landesverfassung dahingehend ändern, dass Quoren für Volksentscheide herabgesetzt werden. Im Moment braucht es dafür 300.000 Unterschriften, was knapp 10% aller Wahlberechtigten in Rheinland-Pfalz entspricht.

Wir fordern die Herabsetzung des Beteiligungs-Quorums auf 100.000 Unterschriften. Darüber hinaus wollen wir die Möglichkeit eines fakultativen Referendums einführen, nach dem Vorbild der Schweiz. Dies würde bedeuten, dass alle vom Landtag beschlossenen Gesetze mit einer Frist von 100 Tagen nur vorläufig sind, so dass die Bevölkerung innerhalb dieser Frist mit 100.000 Unterstützerunterschriften den Volksentscheid herbeiführen könnte, dass über dieses Gesetz eine Volksabstimmung und nicht das Parlament zu entscheiden hat.

Wir wollen weiterhin eine Vereinfachung der Landesverfassung in den Artikeln 108, 108a und 109 erwirken. Diese sind im Moment unverständlich formuliert, so dass kaum ein Bürger versteht, wie und an welcher Stelle eine Bürgerbeteiligung möglich ist. Wir streben an, die Sprache zu vereinfachen und nur mit einem Begriff zu arbeiten, dem des Volksentscheids.

Wir fordern außerdem eine Herabsetzung der Sperrklausel bei Landtagswahlen von 5% auf 3%. Im Moment werden zehntausende Stimmen in Rheinland-Pfalz nicht wahrgenommen, denn Menschen, die kleinere Parteien wählen, haben so keine Vertretung im rheinland-pfälzischen Landtag.

Wir halten auch die Einrichtung von Bürgerräten für eine Möglichkeit, der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Wichtig wäre, dass die Arbeit der Bürgerräte nicht als Feigenblatt für die Landesregierung eingesetzt wird und dass es von vornherein klare und transparente Verfahrensregeln gibt, die sicherstellen, dass alle Meinungen zu Wort kommen können. Die Verbindlichkeit der Vorschläge, die aus Bürgerräten kommen, sollte gewährleistet sein und unmissverständlich beschrieben werden. Wir schlagen vor, dass bereits die Zusammensetzung und die Aufstellung der Verfahrensregeln für die Bürgerräte in einem partizipativen Prozess erfolgen.